



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/01000**
Datum: 17.06.2015
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Krause, Johannes
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	08.07.2015	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	01.09.2015	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	03.09.2015	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	23.09.2015	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	30.09.2015	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung eines
Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale)**

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Stadtrat im Frühjahr 2016 ein ganzheitliches Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Das Konzept soll sich inhaltlich an den nachstehenden Eckpunkten ausrichten:

- Erstellung eines Portfolios der halleschen Bildungslandschaft, das alle Bildungsangebote und -institutionen erfasst, das heißt, mindestens alle Angebote der frühkindlichen, schulischen, akademisch/wissenschaftlichen und Seniorenbildung (inkl. der Angebote freier Träger), sowie die Einbeziehung aller außerschulischen Einrichtungen der künstlerischen, kulturellen und musischen Bildung (z. B. TOO, ZOO, Stadtbibliothek, Stadtmuseum etc.)

- Erarbeitung eines Bildungsleitbildes der Stadt Halle unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens, Definition von Schwerpunkten für ein erfolgreiches Bildungsmanagement (insbesondere Reduzierung der Schulabbrecher/-verweigererquote)
- Erarbeitung von Zielgrößen zur Absicherung einer zeitgemäßen Ausstattung in Bezug auf Technik und Mobiliar an allen haleschen Schulen
- Aufzeigen der Verbindungen mit bestehenden Planungsvorhaben anderer Verwaltungsbereiche
- Konkretisierung und Festlegung der Steuerungsverantwortung für die Verzahnung der Träger, Einrichtungen und Angebote in eigener kommunaler Verantwortung unter Darlegung der Steuerungsebenen und –beteiligten im Sinne eines kommunalen Bildungsmanagements
- Erarbeitung eines Schnittstellenmanagements zur Verbesserung des Übergangs zwischen Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und dem regulären Schulbetrieb sowie des Übergangs zwischen Schule und Beruf oder Studium, Prüfung der besseren Zusammenarbeit mit privaten oder zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Bereich
- Berücksichtigung der Förderung inklusiver Bildung und Bildungsangebote mit dem Ziel, dass Heranwachsende unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Chancen erhalten
- Besondere Beachtung der Herausforderungen, die durch die steigende Zahl von Flüchtlingskindern erwachsen
- Darlegung von Prioritäten und Finanzierungsalternativen unter der Maßgabe der gesamten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (insbesondere in Bezug auf den städtischen Ressourceneinsatz in den verschiedenen Sozialräumen)

2. Im Rahmen der Erstellung und späteren Umsetzung des Konzeptes sollten mögliche Kooperationen mit dem Saalekreis in den genannten Bereichen geprüft werden.

3. Das Konzept ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

gez. Johannes Krause
 Vorsitzender
 SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Begründung:

Ausgehend von den PISA-Studien (seit 2000) hat sich das Verständnis von kommunaler Bildungspolitik umfassend gewandelt. Bildung wird nun nicht mehr nur als Aufgabe der Schulen begriffen. Kinder und Jugendliche lernen an verschiedenen Orten, unter unterschiedlichen Bedingungen und in zahlreichen Situationen. Ein Beziehungsgeflecht bestimmt die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Der ausgeweitete Bildungsbegriff hat

auch Folgen für die kommunale Politik. Kommunale Bildungspolitik kann nur dann erfolgreich sein und die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen stärken, wenn das Geflecht aus Ressourcen und Möglichkeiten in den Blick genommen wird.

Kommunale Bildungsverantwortung gerät immer dann an ihre Grenzen, wenn Länder- und Bundeskompetenzen tangiert zu werden drohen. Allerdings muss Bildung als ein wichtiger Prozess begriffen werden, der auch wesentlich von den Kommunen mitbestimmt werden kann. Anspruch der Stadt Halle sollte es sein, ihren Teil für eine ganzheitliche Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft zu leisten. Die Stadt Halle darf die Schulen nicht nur verwalten, sondern sie muss sich als aktiver Gestalter einer kommunalen Bildungslandschaft begreifen.

Im Verständnis einer umfassenderen kommunalen Daseinsvorsorge müssen die Aufgaben der Stadt, wie das Herstellen von Transparenz über und die Koordination von Bildungsangeboten, die Vernetzung von Bildungsträgern und -akteuren, die Beratung über Bildungsmöglichkeiten sowie die Abstimmung mit und Einbeziehung von angrenzenden Schulträgern, umfassen.

Bildung steht am Beginn einer kommunalen Wertschöpfungskette, denn Bildung ist Standortfaktor und Hebel um soziale Integration zu unterstützen und von besonderer kommunaler Bedeutung, weil Kommunen die Folgen von unzureichender Bildung ausgleichen müssen. Bildung als integralen Bestandteil von Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik zu begreifen, birgt die Chance, das grundsätzliche Armutsrisiko in unserer Gesellschaft zu verringern. Die Stadt Halle steht vor der Aufgabe, einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Schulverweigerern und -abbrechern zu begegnen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Schulentwicklungsplanung der einzelnen Schulformen in unserer Stadt kaum langfristig angelegt und schon gar kein Ersatz für ein umfassendes Konzept ist. Diesen Umstand gilt es kritisch zur Kenntnis zu nehmen. Für die Zukunft gilt es Parameter zu entwickeln, die es verhindern, dass auftretende Probleme mit dem häufig praktizierten Aktionismus beantwortet werden. Damit im Zusammenhang steht, dass bei den jeweils anstehenden Haushaltsberatungen aktuelle Entwicklungen im Bereich der Schullandschaft berücksichtigt und mit entsprechenden Haushaltsmitteln unteretzt werden. Die bisherige finanzielle Ausstattung bildet nur unzureichend die Anforderungen an die gestiegenen Schülerzahlen ab.

Die Entwicklung eines abgestimmten Bildungskonzeptes beinhaltet auch, den Austausch mit dem angrenzenden Saalekreis und dessen Bildungseinrichtungen zu suchen. Die interkommunale Zusammenarbeit eröffnet Chancen in vielerlei Hinsicht. Gerade im Bildungsbereich gibt es Möglichkeiten des Zusammengehens und des Austausches. Der Bildungsbereich bietet Chancen, die Türen für eine abgestimmte interkommunale Zusammenarbeit zu öffnen.

Um den hier geschilderten Entwicklungen der vergangenen Jahre entgegenzutreten, ist eine städtische Bildungskonzeption zu erstellen, die

- sich an einer gut ausgebauten und ausgestatteten, konzeptionell aufeinander bezogen und verknüpften Bildungslandschaft als Anspruch orientiert
- transparente Strukturen hat
- über ein systematisches Bildungsmanagement verfügt
- im Netzwerk aus freien Trägern, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen und zivilgesellschaftliche Akteure vermittelt
- übergreifende gesellschaftliche Entwicklungen wie Internationalisierung, Inklusion und die demografische Entwicklung einbezieht
- und ganzheitlich und lebensphasenübergreifend ausgerichtet ist.

